

Senatsbeschlüsse

der 130. Sitzung des Senats

am 28.11.2017, 11:15 Uhr

- 3195.) Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz (Vorlage 1691/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1691/19 die „Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz“ sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der zweite Absatz wie folgt neu formuliert wird:
„Die staatliche Deputation für Inneres hat von der anliegenden Senatsvorlage Kenntnis genommen und dem Entwurf einer Verordnung über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden nach dem Aufenthaltsgesetz bei Enthaltung der CDU zugestimmt.“

- 3196.) 23. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage 1692/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1692/19 den Entwurf eines 23. Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung in der Dezembersitzung.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
- unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der letzte Absatz wie folgt neu formuliert wird: „Die städtische Deputation für Inneres hat dem beigefügten Entwurf eines 23. Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde bei Enthaltung der CDU, FDP und der Bürger in Wut zugestimmt.“
 - in der Mitteilung des Senats im ersten Absatz nach dem Wort „Beschlussfassung“ die Worte „in der Dezembersitzung“ ergänzt werden.

3197.) "Auch nach 20 Jahren noch kein gültiger Bebauungsplan für den Bereich "Auf dem Klaukamp"?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 05)
(Vorlage 1693/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1693/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

3198.) "Anwendung des Baugebots nach § 176 Baugesetzbuch"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 08)
(Vorlage 1694/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 24.11.2017)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 24.11.2017 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

- Unter „B. Lösung“ wird in der Antwort auf Frage 2 der zweite Satz ersatzlos gestrichen.

3199.) "Umsetzung von Bundesrecht bezüglich des Aufenthaltsgesetzes"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 13)
(Vorlage 1695/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1695/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Einzelabgeordneten der AfD, Alexander Tassis, in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

3200.) "Welche Ergebnisse erzielt die präventive Schuldnerberatung?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1696/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1696/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
 - Die Antwort auf Frage 3 erhält die folgende Fassung:
„Die Zielgruppe der präventiven Schuldenberatung (Erwerbstätige mit geringem Einkommen, Arbeitslosengeldbezieher/innen) findet in der Regel den Zugang durch Direktkontakt mit einer Beratungsstelle, deren Angebote im Internet einzusehen sind. Der Senat sieht die Informationsangebote zur präventiven Schuldenberatung als ausreichend an.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3201.) Entwurf einer Verordnung über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit in der Freien Hansestadt Bremen (Bremische Pflegezeitvorschussverordnung – BremPflZV)
(Vorlage 1697/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1697/19 die Verordnung über die Gewährung und Rückzahlung eines Vorschusses bei Pflegezeit und Familienpflegezeit in der Freien Hansestadt Bremen (Bremische Pflegezeitvorschussverordnung – BremPfIZV) sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3202.) Besetzung des Verwaltungsrates der Anstalt öffentlichen Rechts "Die Bremer Stadtreinigung" (Vorlage 1698/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1698/19,
 - a) den Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts „Die Bremer Stadtreinigung“ mit Herrn Staatsrat Meyer zu besetzen und
 - b) Herrn Staatsrat Deutschendorf als stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied zu benennen.

2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

3203.) Zentrales Finanzcontrolling
Monatsbericht Januar bis Oktober 2017
(Vorlage 1699/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1699/19 den Monatsbericht Januar bis Oktober 2017 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.

3204.) Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen
Bremisches E-Government-Gesetz
(Vorlage 1700/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1700/19 den anliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „A. Problem“ im vorletzten Absatz, letzter Satz das Wort „die“ durch das Wort „weitergehende“ ersetzt wird.
 - unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der siebte Absatz wie folgt neu formuliert wird: „Der beteiligte Rechnungshof hat eine Kostendarstellung angemahnt. Die Senatorin für Finanzen hat mit dem Rechnungshof seine Bedenken erörtert und einen jährlichen Austausch über den Umsetzungsstand des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen angeboten.“

3205.) "Stadtverbot" für Werder-Ultras in Hamburg?"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1701/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 28.11.2017)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 28.11.2017 die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 23.10.2017 und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3206.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP): Modellprojekt für Alleinerziehende Bremen-Nord und Osterholz-Tenever und Netzwerk für Alleinerziehende
(Vorlage 1702/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1702/19 das Modellprojekt für Alleinerziehende zur Kenntnis.
2. Der Senat nimmt die Unterstützung von Impulsgeber Zukunft e.V. für das Modellprojekt für Alleinerziehende zur Kenntnis.
3. Der Senat nimmt die Einrichtung einer Koordinationsstelle für das Netzwerk für Alleinerziehende zur Kenntnis.
4. Der Senat nimmt den Einsatz von ESF-Mitteln in Höhe bis zu 1.572 Mio. Euro für die Förderung der unter Pkt. 1 bis 3 dargestellten Maßnahmen zur Kenntnis.
5. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung über insgesamt 1.572 Mio. € zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Verpflichtungsermächtigung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
6. Der Senat stimmt der Einrichtung einer senatsübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Magistrats Bremerhaven zu, mit dem Ziel insgesamt die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern.

- 3207.) Entwurf eines Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs "Sögestraße"
(Vorlage 1703/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2017 und der Mitteilung)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2017 den Entwurf des Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Sögestraße“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um dringliche Beschlussfassung noch in der Dezembersitzung 2017.

- 3208.) Entwurf eines Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs "Ansgari Quartier"
(Vorlage 1704/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2017 und der Mitteilung)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.11.2017 den Entwurf des Ortsgesetzes zur Einrichtung des Innovationsbereichs „Ansgari Quartier“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um dringliche Beschlussfassung noch in der Dezembersitzung 2017.

- 3209.) Zehnte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für die innere Verwaltung (InKostV)
hier: Anpassung der Anlage zu § 1 InKostV Nummern 101, 110, 111, 114, 118, 120, 122, 123, 140, 150, 160, 161
(Vorlage 1705/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 08.11.2017)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 08.11.2017 die Zehnte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für die innere Verwaltung sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt nach Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die notwendige Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
3. Das Ressort wird die Gebühren ab dem 01.01.2019 auf Basis der Kosten-Leistungsrechnung (KLR) kalkulieren. Im August 2018 wird das Ressort dem Senat über den Stand der Einführung der KLR berichten.

- 3210.) "Lehramtsstudierende aus Bremerhaven"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - L 15)
(Vorlage 1706/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1706/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3211.) "Wann wird die Lehrverpflichtungsverordnung an die modernen Lehrformen angepasst?"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 04)
(Vorlage 1707/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1707/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3212.) "Energie- und klimaeffiziente Gewerbegebiete im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1708/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1708/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
 - In der Antwort auf die Fragen 1.a. bis 1.c. wird im ersten Satz das Wort „vermutlich“ ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3213.) Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II – (KInvFG II):
Stand und Umsetzung im Land Bremen
(Vorlage 1709/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1709/19, die im Rahmen des „Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichsystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften“ für das Land Bremen zu erwartenden Bundesmittel (i.H.v. 42,430 Mio. €) zur Erhöhung des Ausgaberahmens

einzusetzen und die erforderlichen Komplementärmittel (i.H.v. 4,7145 Mio. €) innerhalb der Eckwerte des Landes sowie der Finanzplanung vorab zu berücksichtigen. Die haushaltstechnische Abwicklung des Programmes erfolgt vollständig im Produktplan 93 – Zentrale Finanzen.

2. Der Senat beschließt, die Fördermittel des Programmes auf die Städte Bremen und Bremerhaven im Verhältnis 80 zu 20 zu verteilen und den Komplementärmittelanteil beider bremischer Städte aus dem Investitionsrahmen des Landes zu finanzieren.
3. Der Senat stellt fest, dass die in den Anlagen 4 und 5 genannten Kriterien sachgerecht im Sinne der Verwaltungsvereinbarung sind.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Koordination und Abwicklung des Kommunalinvestitionsförderungsprogrammes (KInvFG II) zu übernehmen. Dies schließt auch die Abstimmung von Sachstandsdarstellungen und der Förderrichtlinie (Anlage 6) mit dem Bundesministerium für Finanzen ein. In diesem Zusammenhang bittet der Senat den Magistrat der Stadt Bremerhaven sowie Ressorts, Dienststellen und Gesellschaften um Einhaltung der als Anlage 6 beigefügten Förderrichtlinie der Senatorin für Finanzen.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen um Benennung geeigneter, förderfähiger Projekte.
6. Der Senat bittet den Magistrat der Stadt Bremerhaven in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen um Benennung geeigneter, förderfähiger Projekte.
7. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die vorstehenden Sachstandsdarstellungen und Senatsbeschlüsse zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG II) im Land Bremen

dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorzulegen.

8. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um einen halbjährlichen Bericht zur Umsetzung des Programmes.
9. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ der letzte Satz des Aufzählungspunkts unter b) die folgende Fassung erhält:
„Dabei wird – abweichend vom Senatsbeschluss vom 20.09.2016 „Einheitliches Verfahren zur Ermittlung von Ortsteilen mit sozialer Benachteiligung“ aufgrund der Empfehlungen der ressortübergreifenden AG Stadtmonitoring – die Ebene der Stadtteile gewählt, um eine größtmäßige Vergleichbarkeit hinsichtlich der Einwohnerzahl mit Kommunen in Flächenländern herzustellen.“

3214.) Quartalsberichte der sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.09.2017
(Vorlage 1710/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 12.12.2017 aus.

3215.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
(Vorlage 1711/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 27.11.2017 samt Neufassung des Gesetzestextes, der Begründung und der Mitteilung an die Bürgerschaft sowie 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 28.11.2017)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 28. November 2017 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften sowie die Mitteilung des Senats und deren

Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um dringliche Beratung und Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung in der Dezembersitzung.

2. Der Senat beschließt, Strukturverbesserungen bei der Stellenbewertung im Bereich der Berufsfeuerwehr der Stadtgemeinde Bremen im Umfang von 20 Stellen vorzunehmen und bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Inneres die beschlossene Maßnahme umzusetzen. Die voraussichtlichen Mehrausgaben sollen 100.000 Euro nicht überschreiten.

- 3216.) Entwurf einer Verordnung über die Neuregelung von Erschwerniszulagen in der Freien Hansestadt Bremen
(Vorlage 1712/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 27.11.2017 sowie 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 28.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der 2. Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 28. November 2017 die Verordnung über die Neuregelung von Erschwerniszulagen in der Freien Hansestadt Bremen sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 3217.) "Wie steht es um die Leitstelle "Saubere Stadt"?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 06)
(Vorlage 1713/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1713/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3218.) "Möglichkeiten, Zulässigkeit und Notwendigkeit einer Landesausbildungsumlage im Land Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1714/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 27.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis 05.12.2017 aus.

- 3219.) "Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?"
(Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 1715/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1715/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.08.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3220.) "Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen – Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?"
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 27.11.2017)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 27.11.2017 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 11.10.2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.